



SDA-Bulletin

Die Beschlüsse des Zürcher Kantonsrates vom 11. Januar 2020

Der Bauunternehmer Christoph Marty (SVP, Zürich) hat das Amtsgelübde als Kantonsrat abgelegt (KR-Nr. 482/2020). Er ersetzt Benedikt Hoffmann.

Eine Einzelinitiative zur Gewaltenteilung im Justizwesen hat der Kantonsrat mit 21 Stimmen nicht unterstützt ([KR-Nr. 355/2020](#)). Zur vorläufigen Unterstützung wären 60 Stimmen nötig gewesen. Mit der Einzelinitiative wurde verlangt, die Gewaltenteilung durch striktere Unvereinbarkeit von bestimmten Ämtern zu stärken.

Zürcher Lokalpolitiker, die für eine bestimmte Zeit nicht an den Parlamentssitzungen teilnehmen können, sollen eine Stellvertretung bestimmen dürfen. Der Kantonsrat hat eine entsprechende Behördeninitiative mit 83 Stimmen unterstützt ([KR-Nr. 354/2020](#)). Absender der Behördeninitiative ist der Gemeinderat der Stadt Zürich.

Der Kantonsrat hat eine Einzelinitiative zum Amphibienschutz mit 50 Stimmen nicht unterstützt ([KR-Nr. 401/2020](#)). Nötig gewesen wären zur vorläufigen Unterstützung 60 Stimmen. Mit der Einzelinitiative wurde verlangt, dass Amphibientunnels explizit im Strassengesetz erwähnt werden.

Eine Einzelinitiative zu unentgeltlicher Rechtspflege hat keine Stimme erhalten und wurde somit nicht unterstützt ([KR-Nr. 435/2020](#)). Mit der Einzelinitiative wurde verlangt, dass die Rechtspflege für Mittellose in allen Rechtsverfahren kostenlos ist.

Der Kantonsrat hat eine Parlamentarische Initiative von GLP, SP und Grünen zum ökologischen Ausgleich mit 78 Stimmen vorläufig unterstützt ([KR-Nr. 395/2019](#)). Der Vorstoss verlangt von Bauherrschaften das Bereitstellen von Ausgleichsflächen, wenn Anlagen oder Bauten ausserhalb der Bauzonen stehen.

Mit 146 Stimmen hat der Kantonsrat eine parlamentarische Initiative von SVP, FDP und GLP vorläufig unterstützt ([KR-Nr. 396/2019](#)). Mit der Initiative wird verlangt, dass die Kommissionen immer auch die finanziellen Folgen eines Antrags darlegen.

Die vorläufige Unterstützung für eine parlamentarische Initiative von GLP, EVP und SP ist mit 59 Stimmen nicht zustande gekommen ([KR-Nr. 402/2019](#)). Nötig gewesen wären 60 Stimmen. Mit der Initiative wurde verlangt, dass der Staat den Gemeinden Beiträge leisten kann, um Bahnanlagen möglichst landschafts- und siedlungsverträglich zu gestalten.

Eine parlamentarische Initiative von Grünen, GLP und EVP ist mit 87 Stimmen vorläufig unterstützt worden ([KR-Nr. 414/2019](#)). Mit der Initiative wird verlangt, den Gemeinden in Bezug auf Fernwärme, Gas oder Elektrizität Zugang zu Verbraucherdaten zu ermöglichen. Die Daten sollen sie für die Energieplanung nutzen können.

Eine Mehrheit des Kantonsrates hält nicht viel von Krönchen und Raketen als Leistungsbewertung in der Volksschule. Der Rat hat mit 107 Stimmen eine parlamentarische Initiative von FDP, SVP, CVP, GLP und EVP vorläufig unterstützt, die nur noch Noten zulassen will ([KR-Nr. 69/2020](#)).

Der Kantonsrat will die Diskussion um höhere Pflegegehälter rasch führen. Er hat ein Postulat von Grünen, SP und CVP für eine neue Lohn-Einstufung der Pflegeberufe mit 74 Stimmen für dringlich erklärt ([KR-Nr. 478/2020](#)). Der Regierungsrat muss nun innerhalb von fünf Wochen Stellung beziehen.

Der Kantonsrat hat ein Postulat von SP und Grünen mit 100 zu 65 Stimmen nicht an den Regierungsrat überwiesen ([KR-Nr. 270/2018](#)). Gefordert wurde, Fehlanreize für übermässiges Praktikantenwesen in Kinderbetreuungs-Einrichtungen abzuschaffen.

Der Kantonsrat hat die regierungsrätliche Antwort auf eine Interpellation von FDP, SVP und CVP zur Kenntnis genommen ([KR-Nr. 290/2018](#)). In der Interpellation ging es um die politische Neutralität der Volksschule.

Der Kantonsrat hat ein Postulat von FDP, SVP und GLP mit 89 zu 73 Stimmen bei einer Enthaltung an den Regierungsrat überwiesen ([KR-Nr. 397/2018](#)). Der Vorstoss fordert, dass Kindergartenkinder in Ausnahmefällen auch um halbe Jahre zurückgestellt werden können.

Zürcher Schülerinnen und Schüler sollen künftig mindestens eine Woche in einem anderssprachigen Landesteil verbringen, vorzugsweise in der Romandie. Der Kantonsrat hat ein entsprechendes Postulat der GLP mit 79 zu 78 Stimmen bei einer Enthaltung an die Regierung überwiesen ([KR-Nr. 11/2019](#)).

Die Gemeinden sollen die frühe Deutschförderung ausbauen und dabei vom Kanton unterstützt werden. Der Kantonsrat hat eine entsprechende Motion von SP, Grünen und EVP mit 78 zu 73 Stimmen überwiesen ([KR-Nr. 42/2019](#)).

(sda)